



Der stellv. Vorsitzende des Ausschusses für
Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und
Integration der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3738
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiterin: Astrid Koba

Wiesbaden, 29.01.2014

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration
am Dienstag, 04. Februar 2014, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Raum 318 (3. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Zu Punkt 4 tagt der Ausschuss gemeinsam mit dem Ausschuss für Frauenangelegenheiten.

1. 11-S-00-0017
Wahl der/des Vorsitzenden
2. 11-S-00-0018
Wahl der/des stellvertretenden Vorsitzenden
3. Genehmigung der Niederschrift

4. 13-F-03-0063

Existenzgründungen von Migrantinnen und Migranten
- Antrag von Bündnis90/Die Grünen vom 27.05.2013 -

ANLAGE

NEUE ANTRÄGE

5. 14-F-33-0016

Elektronische Bürgerdienste
- gem. Antrag von CDU und SPD vom 29.01.2014 -

Im Dezember 2013 hat die Landeshauptstadt Wiesbaden ihr Portal für elektronische Bürgerdienste vorgestellt. Parallel dazu plant die neue Bundesregierung, einen einheitlichen Stammdaten-Account, ein sogenanntes Bürgerkonto einzuführen, um die Kommunikation mit der Verwaltung zusätzlich zu vereinfachen. Zur elektronischen Identifizierung soll der neue elektronische Personalausweis genutzt werden.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten, inwieweit das Wiesbadener Portal für elektronische Bürgerdienste mit dem System eines Bürgerkontos kompatibel wäre, sobald die technische Ausgestaltung des Systems auf Bundesebene bekannt ist.

6. 14-F-03-0009

Rechtsradikale Schmierereien in Wiesbaden
- Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 24.01.2014 -

Im Dezember des vergangenen Jahres wurden an verschiedenen Stellen in unserer Stadt (darunter das Aktive Museum Spiegelgasse und mindestens eine Schule) Schmierereien gemeldet, die auf einen rechtsradikalen Hintergrund schließen lassen. Es handelte sich auch nicht ausschließlich um allgemein bekannte Symbole (z.B. Hakenkreuz), sondern auch um eine Odalrune, die zumeist nur von tatsächlich Radikalisierten verwendet wird.

Der Ausschuss möge beschließen,

der Magistrat wird gebeten,
über seine Erkenntnisse und Umgangsweisen mit solchen Fällen zu berichten. Werden solche Vorkommnisse gelistet und ausgewertet, wird der Verfassungsschutz eingeschaltet?

7. 14-F-03-0008

Erhalt der Gräber von NS-Opfern unter den Sinti und Roma
- Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 27.01.2014 -

Opfer der NS-Diktatur, die vor dem Stichtag 31. März 1952 verstarben und auf einem deutschen Friedhof beerdigt wurden, haben gemäß deutschem Grabgesetz Ehrengräber erhalten. Für diese besteht ein ewiges Ruherecht, das heißt, sie werden nicht abgeräumt. Für den genannten Stichtag gibt es keinerlei inhaltliche Begründung. Gräber von Opfern der NS-Diktatur, die nach diesem Datum verstorben sind, werden hingegen wie normale Grabstätten behandelt. Wenn keine Grabnutzungsgebühr entrichtet und keine Verlängerung durch die Angehörigen veranlasst wird, wird das Grab abgeräumt und neu vergeben. Eine Ausnahme stellen die jüdischen Friedhöfe dar. Auf ihnen besteht grundsätzlich ein ewiges Ruherecht.

Im September 2012 beschloss der Bundesrat zwar einstimmig, per Gesetz für den dauerhaften Erhalt der Gräber von Opfern der nationalsozialistischen Gewaltmaßnahmen unter den Sinti und Roma zu sorgen. Eine Neuordnung des Gräbergesetzes auf Bundesebene ist jedoch bislang noch nicht erfolgt. Doch auch die Kommunen selbst können in ihren Friedhofssatzungen das Abräumen der betreffenden Gräber verhindern, indem sie, wie z.B. die Stadt Hanau, diesen Grabstätten den Status einer Dauergrabstätte einräumen. Auf diesem Wege könnte die Landeshauptstadt Wiesbaden die derzeit noch etwa 20 bis 25 Grabstätten von NS-Opfern unter den Sinti und Roma als Orte der Erinnerung erhalten.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

eine Änderung der Friedhofssatzung dahingehend zu veranlassen, dass den Angehörigen von NS-Opfern unter den Sinti und Roma ein Antragsrecht auf den Status einer Dauergrabstätte einräumt.

8. 14-F-33-0017

Schnelles Internet

- gem. Antrag von CDU und SPD vom 29.01.2014 -

Schnelles Internet ist heute für viele Unternehmen, aber auch für Privatpersonen, ein nicht zu unterschätzender Standortfaktor. Die neuen Regierungen auf Bundes- und Landesebene haben dies in den jeweiligen Koalitionsverträgen bekräftigt. Dort wurde vereinbart, den Ausbau von Breitband-Internetanschlüssen durch ein unbürokratisches technologieneutrales und wettbewerbs-freundliches Förderverfahren voranzubringen finanziell weiter zu fördern sowie die Kooperation mit Telekommunikationsbetreibern voranzubringen.

Außerdem sollen rechtssichere Voraussetzungen für kostenlose WLAN-Angebote in Städten geschaffen werden.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, sich - nach Bekanntwerden der Förderrichtlinien - um Mittel für den Ausbau von Breitband-Internetanschlüssen in Wiesbaden einzusetzen.

Außerdem möge der Magistrat die neuen Rahmenbedingungen für städtische WLAN-Angebote in die Planungen von Hotspots in Wiesbaden einbeziehen.

9. 14-F-33-0018 + 12-F-33-0077

Fußgängerinformation Waldemar Reichardt an seiner Statue in der Kleinen Schwalbacher Straße

- gem. Antrag von CDU und SPD vom 29.01.2014 -

Fußgängerinformation Waldemar Reichardt an seiner Statue in der Kleinen Schwalbacher Straße
Am 12.06.2012 beschloss der Bürgerausschuss einstimmig, die Statue des ehemaligen Wiesbadener Originals Waldemar Reichardt mit einer Tafel auszustatten, die über seine Person Aufschluss gibt. Bis heute, nach nahezu eindreiviertel Jahren, ist dieser Beschluss nicht realisiert worden.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

- a. aus welchem Grunde der Beschluss bis heute nicht umgesetzt wurde und
- b. wann mit seiner Realisierung zu rechnen ist.

ANLAGE

NEUE SITZUNGSVORLAGEN

10. 13-V-12-0006 DL 04/14-1

Bürgerengagement von Migranten

11. 13-V-30-0011 DL 01/14-5

Vorschlag für die Wahl einer stellvertretenden Schiedsperson für die Schiedsgerichtsbezirke
Wiesbaden I, II und III

12. 14-V-30-0001 DL 05/14-6

Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk Wiesbaden I
(Wiesbaden-Alt)

ANTRÄGE MIT VORLAUF

13. 13-F-33-0015

Wegweiser durch die Wiesbadener Integrations-Beratungsangebote
- gem. Antrag von CDU und SPD vom 05.02.2013 -

HIER: mdl. Bericht

14. 13-F-33-0082

Hinweisschilder für Polizeidienststellen
- gem. Antrag von CDU und SPD vom 25.09.2013 -

ANLAGE

15. Bericht der Dezernentin

16. Verschiedenes

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Schickel
Stellv. Vorsitzender